

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und



alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint wochentlich nachmittags um 4 Uhr. Preis pro Monat 2,00 M., bei Vorbestellung 1,80 M., einzeln 5 Pfennig. Einzelnummer 10 Pfennig. Die Postgebühren, Postboten, unsere Kundinnen u. Geschäftskunden werden nach Möglichkeit befreit. — Anzeigen- und Inseratpreise sind in der Beilage angegeben. — Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Inhalte nicht verantwortlich. — Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Inhalte nicht verantwortlich. — Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Inhalte nicht verantwortlich.

Kundinnenpreise laut obstehender Preisliste Nr. 6. — Anzeigen- und Inseratpreise sind in der Beilage angegeben. — Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Inhalte nicht verantwortlich. — Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Inhalte nicht verantwortlich. — Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Inhalte nicht verantwortlich.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 44 — 95. Jahrgang      Drahtanschrift: "Tageblatt"      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2640      Freitag, den 21. Februar 1936

## Bemerkungen am Rande.

16 Jahre Parteiprogramm.

Am 24. Februar sind es 16 Jahre her, daß die damals kleine Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ihr Programm verkündete. Eine kleine Gemeinde schwor damals auf das Parteiprogramm, eine Gemeinde, die nicht weiter hätte, als ihren fanatischen Glauben und ihr Vertrauen. Und mit diesem unerschütterlichen Glauben hielt sie fest an dem Parteiprogramm und kämpfte um seine Verwirklichung. Je größer die Widerstände wurden, um so mehr wuchs die Kraft der NSDAP, und je größer die Anfeindungen, um so enger schloß sich der Kreis derer zusammen, denen das Programm heilig war. Es war nichts für Verstandesmenschen und nüchterne Rechner, es war etwas für die gläubigen Menschen, für einfache und unverbildete Menschen, deren Glaube stärker ist als die Rechenlust des Verstandes. — Heute sehen wir große Teile des Programms durchgeführt. Nicht alle, denn das Programm ist nicht darauf abgestellt, etwa wie eine Staatsverfassung festgelegt und verkündet zu werden. Das Programm ist eine lange Erziehung der Menschen voraus. Ein Punkt baut sich auf dem anderen auf, und nur allmählich können die 25 Forderungen Wirklichkeit werden. Deshalb aber bleibt es unverändert bestehen. Auch heute, drei Jahre nach der Machtergreifung, besteht kein Anlaß, auch nur eine der Forderungen aufzugeben. Das Führerwort hat nach wie vor Geltung, das bestimmt: Am Parteiprogramm darf nichts geändert werden.

Der Völkerbund bezieht seinen Palast.

In aller Stille sind sechs Genfer Transportunternehmungen mit ihren großen Möbelwagen vor dem alten Völkerbundsanquartier in Genf vorgefahren, um die ersten Stufen des Altens, Denkschriften, Vorschwerden, Ausschüßberichten und was man so alles in Genf sammelt und verarbeitet, in den neuen Völkerbundspalast hinüberzubringen. Neun Vorarbeiter und 30 Transportarbeiter klopfen den Staub von den Altens und stapeln sie in den Wagen auf, um sie dann nach kurzer Fahrt durch die Völkerbundstadt wieder auszuladen und von neuem aufzustapeln in dem Palast des Völkerbundes. 75 000 Schweizer Franken kostet der Umzug. Man muß den Arbeitern den Verdienst gönnen, nur uns muß man ebenfalls gestatten, bei der Gelegenheit wieder einmal die Frage zu stellen, ob denn diese vielen tausend Franken in einem Verhältnis stehen zu den Leistungen des Völkerbundes. Es ist nun doch einmal so im täglichen Leben, und namentlich im Wirtschaftsleben, daß man nur immer das ausgibt, was man einnimmt, bzw. daß man nur dann verdient, wenn man dafür etwas leistet. Diese beiden Formeln geben aber beim Völkerbund nicht auf. Einmal braucht er mehr als er einnimmt, und zweitens leistet er wenig, aber kostet um so mehr. Ein paarmal mußten die Bauarbeiten eingestellt werden, weil das Geld ausgegangen war. Und erst, wenn ein paar Staaten einige Millionen eingeschossen hatten, ging der Bau weiter. Verständlich, wenn man von der Fertigstellung des Riesenspalastes am Genfer See jetzt kein großes Aufsehen macht. Im übrigen sollte dieser Palast aus Stein und Zement ein Symbol für den Weltfrieden werden. Nun, während der langjährigen Bauzeit ist manche Hoffnung zu Grabe getragen worden. Vom Weltfrieden ist keine Rede, und so wirkt es heute fast wie eine Ironie des Schicksals, daß der Friedenspalast in Genf bezogen wird, während man so viel von Kriegsgeschrei hört.

Die Aufgabe der neuen Regierung in Spanien.

Die spanischen Wahlen und Revolten haben zu einem Regierungswechsel in Madrid geführt. Der frühere Ministerpräsident Azana hat die Bildung der neuen Regierung übernommen. Er ist ein Mann der Linken, wenn auch, wie er angibt, kein Sozialist. Azana hofft, daß nach der Bildung seiner Regierung die Ruhe im Lande wiederhergestellt wird. Wie weit er wirklich das Vertrauen der Linken genießt, oder ob nicht der Kommunismus, geschürt von den Agenten Moskaus, heute schon stärker ist als die Ordnungselemente, wird die Zukunft erweisen. Soviel steht fest: mit dem Parlament, das nach dem ersten Wahlgang zustande gekommen ist, läßt sich nicht regieren. Nicht alle, die für die Linke gewählt worden sind, werden das Interesse der Linken vertreten. Sie haben nur die Konjunktur ausgenutzt, um überhaupt ins Parlament zu kommen. Es ist nun einmal so, daß Parliamentsleute in den sogenannten demokratischen Republiken geschäftsmäßig ausgehandelt werden. Ein arbeitsunfähiges Parlament kann aber vom Staatspräsidenten nicht nach Hause geschickt werden, denn der Staatspräsident darf während seiner sechsmonatigen Amtszeit das Parlament nur zweimal auflösen. Und von diesem Recht hat er schon Gebrauch gemacht. Die neue Regierung wird also einen zweiten Wahlgang durchführen müssen, was um so notwendiger erscheint, als der Spanier ein ständiges Mißtrauen gegen die Wahloperationen hat.

## Deutscher Protest in Bern

Rückgängigmachung des Beschlusses des Bundesrates gefordert

Der deutsche Gesandte in Bern ist beauftragt worden, der schweizerischen Regierung eine Note zu übermitteln, in der nachdrücklich Protest gegen den Beschluß des Bundesrats erhoben wird, der eine Landesleitung und Kreisleitungen der NSDAP in der Schweiz untersagt.

Die deutsche Note weist die Unzulänglichkeit des schweizerischen Vorgehens nach und wendet sich gegen die in diesem Vorgehen liegende politische Demonstration. Sie spricht die Erwartung aus, daß der Beschluß des Bundesrats rückgängig gemacht wird.

## Sicherstellung des Führernachwuchses

Beginn der Ausmusterung in Aöln.

Das Pressebüro des Reichsorganisationsleiters Dr. Ley teilt mit: Am heutigen Freitag beginnt in Aöln eine Aktion der Nationalsozialistischen Bewegung, die den Aufbau für eine entscheidende Sicherstellung des Führernachwuchses der Partei bildet und in den nächsten Wochen ihre planmäßige Fortsetzung in allen anderen Gaue des Reiches finden wird. Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP und Reichsleiter der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, der für Idee und Ausführung dieser Maßnahme dem Führer verantwortlich zeichnet, wird an der Spitze einer Kommission am Freitag um 10 Uhr im Aölnen Gauhau der NSDAP mit der Ausmusterung seiner Männer beginnen, die demnach die drei neuerrichteten Gaue der NSDAP, „Vogelsang“, „Eröfing-See“ und „Sontbosen“ für die Dauer eines Jahres beziehen, um dort eine durchgreifende Ausbildung für ihren späteren verantwortlichen Wirkungskreis in der Nationalsozialistischen Bewegung zu erhalten.

Der von Dr. Ley geführten Kommission, der Staatsrat Dr. Schmeer, ferner Dr. Marrenbach, der Leiter des Personalamtes der Reichsorganisationsleitung der NSDAP, Dr. med. Streck vom Hauptamt für Volksgesundheit und ein Beauftragter des Schwabens der Deutschen Arbeitsfront angehören, werden sich am Freitag in Aöln im Gauhaus dreißig Parteigenossen im Alter von 25 bis 30 Jahren zur Ausmusterung stellen. Sie haben bereits eine erste ärztliche Untersuchung hinter sich und erfüllen im übrigen alle für diese Auslese vorgesehenen Bedingungen. Sie müssen die Hitler-Jugend, den Arbeitsdienst und die Wehrmacht absolviert und sich in einer Parteigliederung entweder als politischer Leiter, SA- oder SS-Mann betätigt haben.

Die in allen Gaue Deutschlands ausgemusterten ersten 500 Mann werden am 1. Mai 1936 auf die Burg Vogelsang in der Eifel einrücken.

Hier soll ihnen nach einem bis in alle Einzelheiten festgelegten Plan eine weltanschauliche, körperlich-sportliche und überhaupt allen Aufgaben, die das Leben später an sie stellen wird, gerecht werdende Ausbildung zuteil werden. Sie sollen durch eine ausgewählte Erzieherschaft die beste Lebensschulung erhalten, die Menschen überhaupt zu bieten vermögen. Hierüber werden zu gegebener Zeit der Öffentlichkeit weitere Mitteilungen gemacht werden.

Nach Abschluß der auf diesen Gaue absolvierten Zeit werden diese Männer als hauptamtliche Kräfte der Partei Verwendung finden; ihr fernere Lebensweg steht nunmehr unabweisbar fest. Wo sich etwa ein Verlangen gezeigt haben sollte, wird die Ausscheidung aus jenem Kreis, der im ernstesten Sinne des Begriffes als eine verschworene Gemeinschaft bezeichnet werden kann, im rechten Zeitpunkt erfolge. Diejenigen aber, die sich erfolgreich allen ihnen auferlegten wahrlich nicht leichten Prüfungen gewachsen zeigen, haben und bieten die Gewähr, als Glieder des Führerkorps der Nationalsozialistischen Bewegung und zum Segen des ganzen deutschen Volkes eingesetzt zu werden.

## Warnung vor dem Russenpakt

Auffeinerregende Rede eines französischen Kommunisten

Die französische Kammer nahm am Donnerstag die Aussprache über den französisch-sowjetischen Pakt wieder auf. Der Sprecher von der 3. Internationale ausgedrückte unabhängige Abgeordnete Doriot wandte sich sehr nachdrücklich gegen die Ratifizierung des Paktes. Der grundsätzliche eine Unmöglichkeit sei. Der Pakt habe ein doppeltes Gesicht, er verlange eine derartige Änderung der bisherigen Auffassung von der Stellung beider Länder in Europa, daß er, der Redner, nicht an die Dauerhaftigkeit, die Wirksamkeit und an die Aufrichtigkeit des Paktes glauben könne.

Lenin habe erklärt, daß die Sowjetunion den Anfang der Weltrevolution darstelle. In Rußland habe man es mit zwei Einrichtungen zu tun, mit der Sowjetregierung und der 3. Internationale, die beide von dem gleichen Mann geleitet würden.

Wenn das französische Bürgertum mit der Sowjetunion einen Pakt unterzeichne, so gebe es sich einer Utopie hin. Der Bolschewismus könne es sich erlauben, seine Haltung je nach den Umständen zu ändern. Stalin habe erst kürzlich einen neuen Plan für die Umwandlung Europas aufgestellt und, wenn es nötig wäre, würde er einen dritten Plan ausarbeiten. Man wisse, daß der Bolschewismus seine Pläne nicht nur durch Volksstimmung sondern nötigenfalls auch mit militärischen Mitteln durchführen würde. Als Beispiel verweise er auf Georgien. Eine solche Zielsetzung sei unvereinbar mit der Auffassung von der Aufrechterhaltung des Status quo des Versailler Vertrages; dieser Widerspruch schließe die Aufrichtigkeit des Paktes aus.

Der Redner verlas in diesem Zusammenhang kommunistische Verlautbarungen aus der letzten Zeit und erklärte mit der rechten Hand würde der Bolschewismus den Pakt unterzeichnen, mit der linken Hand die weltrevolutionäre Propaganda weiterführen.

Man müsse sich nach dem Hauptgrund fragen, der die Sowjetunion veranlasse, den Pakt mit Frankreich anzustreben. Die Sowjetunion könne nicht mehr auf das deutsche Volk in seinem Kampf gegen die anderen Völker zählen.

Der Nationalsozialismus habe dem Bolschewismus die größte Niederlage beigebracht, und Deutschland sei ein Schutzwall gegen den Bolschewismus.

Die Leiter der Sowjetunion näherten in genauer Kenntnis der französischen Psychologie Frankreichs durch vor einem deutschen Angriff aus. Früher spielte der Bolschewismus den Besiegten gegen den Sieger aus. Jetzt

wurde der Sieger gegen den Besiegten ausgespielt, weil der Besiegte sein Regime geändert habe. Wenn man mit bolschewistischen Diplomaten verhandelt, dürfe man nie vergessen, was gleichzeitig die bolschewistischen Propagandisten sagten. In den Augen der Sowjetunion sei das bürgerliche Frankreich nur ein vorübergehender Bundesgenosse.

Die sowjetischen Diplomaten sagten, man müsse den französisch-sowjetischen Pakt um der allgemeinen Sicherheit willen unterzeichnen; gleichzeitig aber beantragten die kommunistischen Abgeordneten in Frankreich den Massen gegenüber die Unterzeichnung damit, daß der französisch-sowjetische Pakt das beste Mittel sei zur Erreichung der Weltrevolution.

Eine bürgerliche und eine bolschewistische Begründung für den Pakt gebe es nicht gleichzeitig; nur eine von beiden könne zutreffen.

Die Ausführungen Doriot wurden von der Rechten und dem größten Teil der Mitte mit Beifall aufgenommen.

Serris sprach sich für die Ratifizierung aus und bemühte sich, die bisher gegen den Vertrag erhobenen Einwände zu entkräften. Der Pakt stimme mit den Völkerbundsaufgaben völlig überein. In Wirklichkeit sei er ein französisch-tschechoslowakisch-sowjetischer Pakt, denn Frankreich sei der Tschechoslowakei gegenüber Verpflichtungen eingegangen.

## Streit um das britische Verteidigungsministerium.

Der Anwärter für den neuen Ministerposten.

In britischen Regierungskreisen ist, wie aus London verlautet, ein Streit um das geplante Verteidigungsministerium ausgebrochen. Man ist sich im Kabinett noch nicht einig, ob ein besonderes Ministerium einzurichten sei, oder nur ein Ausschuß mit einem Minister ohne Portefeuille als Vorkörper. Ebenso besteht Unklarheit über die Aufgaben dieses neuen Ministeriums.

Wie ein Londoner Blatt mitzuteilen weiß, nennen parlamentarische Kreise vier Anwärter für den neuen Ministerposten: den früheren Ministerpräsidenten MacDonald, Lord Cufface Peren, Winston Churchill und den früheren Außenminister Sir Samuel Hoare. Die stärkste Unterstützung aller Parteien findet scheinbar Sir Samuel Hoare.

in der Temperatur der Zimmerwärme vor-  
wiegend nicht mehr nur auch funktionen verfahren  
Ein Winter hat die Städte nicht zu